

Überlegungen zu den mittelfristigen Wachstumsaussichten¹⁾

Internationale Perspektiven

Die Industrieländer und mit ihnen die Weltwirtschaft kämpfen seit einiger Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in den fünfziger und sechziger Jahren nicht oder zumindest nicht so akut auftraten. Die Probleme begannen schon einige Zeit vor der sprunghaften Erdölverteuerung im Herbst 1973, die heute allgemein als Beginn einer neuen Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung angesehen wird: Die Inflationsraten in den Industrieländern haben sich seit Anfang der sechziger Jahre tendenziell beschleunigt, gleichzeitig war in vielen wichtigen Ländern eine allmähliche Zunahme der Arbeitslosigkeit (nach Ausschaltung der konjunkturellen Schwankungen) zu beobachten, die internationale Liquidität — ein wichtiges Medium für die Ausbreitung der Inflation — ist seit Anfang der siebziger Jahre sprunghaft gestiegen, die Ungleichgewichte der Leistungs- und Zahlungsbilanzen haben sich vergrößert. Anfang der siebziger Jahre war in Westeuropa ein Rückgang der Investitionsneigung festzustellen. Die Erdölkrise markiert den Beginn einer Phase, in der viele dieser Probleme akut wurden und die konjunkturelle Entwicklung der westlichen Industrieländer schwer in Mitleidenschaft zogen. Die Erholung nach der scharfen Rezession 1974/75 verlief zumindest in Westeuropa langsam und führte nicht auf die alten Wachstumspfade zurück. Seither ist die Arbeitslosigkeit erheblich höher, und die Kapazitäten sind bereits mehr als fünf Jahre hindurch unterausgelastet. Die Wachstumsraten der Produktion und der Produktivität waren seit 1973 nur noch etwa halb so hoch wie früher. Der Konjunkturpessimismus und die Zukunftsskepsis haben sich verfestigt und die Entscheidungen von Regierungen und Unternehmungen beeinflußt. Die Inflation bildete sich im internationalen Durchschnitt in dieser Phase schwacher Konjunktur nicht wesentlich zurück. Die Energiekrise wurde, wie die neuerlichen sprunghaften Teuerungen im Jahre 1979 signalisieren, permanent.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben nicht nur ökonomische Ursachen, sondern gehen auch auf soziologische und politische Veränderungen zurück. Unter diesen Umständen fällt es schwer, vom rein

ökonomischen Standpunkt Schlüsse auf die Entwicklung der kommenden Jahre zu ziehen

Nahezu alle Prognosen für die kommenden fünf Jahre kommen zum Schluß, daß das durchschnittliche Wachstum in den westlichen Industrieländern geringer sein wird als vor 1973, und daß es nicht ausreichen wird, Vollbeschäftigung wie vor 1974 bis Mitte der achtziger Jahre wiederherzustellen. Die Meinungen gehen nur darüber auseinander, ob ein allmählicher Erholungsprozeß einsetzen wird, in dem die akuten Probleme beschränkt werden können, oder ob sich die Situation nicht noch verschlechtern wird. Die wichtigsten Gründe für die überwiegend gedämpften Zukunftserwartungen sind:

— Die *Inflation*. Es hat sich gezeigt, daß hohe Inflationsraten trotz Unterbeschäftigung nicht nur hartnäckig anhielten, sondern daß sie sich außerdem bei der geringsten Belebung der Nachfrage rasch beschleunigen. In jährlichen Inflationsraten von 10% bis 15% sehen die meisten Regierungen eine Bedrohung nicht nur der ökonomischen Effizienz und der Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch ihrer politischen Stabilität. Es ist daher anzunehmen, daß ein in Gang kommender Konjunkturaufschwung relativ rasch an die von der Wirtschaftspolitik gesetzten Grenzen der Nachfrageausweitung stoßen wird — dies umso mehr, als sich in Westeuropa im Rahmen des Europäischen Währungssystems eine Ländergruppierung gebildet hat, die untereinander eine Stabilisierung der Wechselkurse anstrebt

Übersicht 1

Entwicklung von Inflation und Arbeitslosigkeit

	Verbraucherpreise		
	1960/1967	1967/1973	1973/1979
	Durchschnittlicher jährlicher Anstieg in % ¹⁾		
OECD- insgesamt	+2,7	+5,3	+9,7
OECD-Europa	+3,4	+5,6	+11,0
Österreich	+3,7	+4,8	+6,3
	Arbeitslosenquoten in % ²⁾		
USA	5,1	4,8	6,7
BRD	1,0	1,1	4,1
Großbritannien	1,8	2,9	4,8
Frankreich	0,7	1,5	4,4
Italien	5,0	5,8	6,6
Österreich	2,9	2,3	1,9

¹⁾ Vom Niveau des Basisjahres — ²⁾ Durchschnitt der Periode nationale Definitionen

¹⁾ Diese Arbeit stützt sich auf interne Vorstudien von J. Skolka

- Die *Energieversorgung*. Prognosen des Energieangebots und der Energienachfrage in den Industrieländern bis 1985 lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß Wachstumsraten, die die Vollbeschäftigung wieder herbeiführen würden, Anlaß zu weiteren kräftigen Verteuerungen der importierten Energieträger bieten könnten — dies auch dann, wenn bereits niedrigere Elastizitäten der Energienachfrage in bezug auf das Wachstum des Sozialprodukts als vor 1973 veranschlagt werden²⁾. Ein gleichzeitiger Konjunkturaufschwung in den wichtigsten Industrieländern könnte der OPEC entweder den Vorwand für weitere Preisaufschläge oder auch für mengenmäßige Lieferbeschränkungen bieten. Die unbeschränkte Lieferbereitschaft einiger wichtiger Erdölländer ist überdies in jüngster Zeit sehr fraglich geworden. Weitere kräftige Energieverteuerungen würden in den Industrieländern Kaufkraftentzug und Inflation bedeuten und die oben beschriebenen wirtschaftspolitischen Reaktionen hervorrufen.
- Die *Finanzpolitik* ist in vielen Ländern seit der Rezession 1975 weder in der Lage noch, mit Rücksicht auf die Preisstabilität, willens, im Falle konjunktureller Rückschläge ausreichend kompensatorisch einzugreifen. Insofern hat sich die Situation der Wirtschaftspolitik gegenüber 1974 noch verschlechtert. Seit damals ist die Staatsverschuldung überwiegend stark gewachsen, und die Defizite der Staatshaushalte konnten (außer in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland) noch nicht wesentlich reduziert werden.

In der Diskussion über die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten wird noch eine Reihe weiterer Argumente angeführt, weshalb dem Wachstum in den kommenden Jahren enge Grenzen gesetzt seien. Manche dieser Überlegungen halten einer empirischen Nachprüfung kaum stand oder sind zumindest schwer quantifizierbar:

Ein durchgreifender Aufschwung werde relativ schnell an die Schranke der Sachkapitalausstattung stoßen. Noch bevor die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte erreicht sei, könnten Kapazitätsengpässe im Produktionsapparat den Aufschwung bremsen. Die Investitionen könnten nicht so stark gesteigert werden, daß in den kommenden Jahren die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte erreicht würde. Die Ursachen für die Kapitallücke werden einerseits in der wirtschaftlichen Veralterung vorhandener Anlagen gesehen, die vor allem durch die Energieverteuerung unwirtschaftlich geworden seien und daher verschrottet werden müßten, andererseits auch im geringen Investitionsvolumen in den siebziger Jahren, speziell seit 1974.

²⁾ Siehe dazu *OECD. The Oil Situation Economic Outlook*, No. 25 July 1979 S 56ff

Es ist richtig, daß das Investitionsvolumen in den meisten Industrieländern seit Anfang der siebziger Jahre langsamer oder nicht ausgeweitet wurde. In einer Reihe von Ländern (USA, Bundesrepublik Deutschland, Italien) nahmen die gesamten Investitionen in den siebziger Jahren zwar einen signifikant geringeren Anteil am Sozialprodukt in Anspruch, doch trifft dies eher für gewisse bauliche Investitionen zu als für die unmittelbar produktiven Anlagen der Industrie. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Sozialprodukt war auch in den genannten Ländern in den siebziger Jahren zumindest so hoch wie in den sechziger Jahren. Außerdem zeigt die Erfahrung, daß das Volumen der unmittelbar die Produktivität steigernden Investitionen der Industrie in kurzer Zeit sehr rasch ausgeweitet werden kann. Für einen mittleren Zeitraum sollte daher der vermutete Engpaß bei den Sachanlagen keinen wachstumsbegrenzenden Faktor darstellen.

Eine andere Frage ist, ob die Investitionen bei ziemlich unsicheren Zukunftsaussichten und tendenziell rückläufigen Ertragsmargen auch tatsächlich getätigt werden, sobald die volle Kapazitätsauslastung erreicht wird. Gerade das Argument der durch die Energieverteuerung unrentabel gewordenen Anlagen würde aber darauf hindeuten, daß Investitionen umfangreiche Ertragsmöglichkeiten erschließen, möglicherweise freilich um den Preis vorübergehend höherer Fremdfinanzierung.

Oft wird vorgebracht, daß die Entwicklung in den achtziger Jahren deshalb langsamer verlaufen müsse, weil in den siebziger Jahren die Umschichtung der Erwerbstätigenstruktur zu den Dienstleistungen einen negativen Struktureffekt gehabt habe. Tatsächlich hat sich jedoch diese Strukturverschiebung in den meisten Ländern nicht so sehr beschleunigt, daß dies einen deutlichen Rückgang der Wachstumsmöglichkeiten bedeuten müßte. Auch wird bei einem Anspringen der Industriekonjunktur zumindest vorübergehend ein Teil dieser Strukturverschiebungen wieder rückgängig gemacht. Ein deutlicher Rückgang des Produktivitätsfortschritts war praktisch in allen Wirtschaftsbereichen zugleich festzustellen³⁾.

Nicht überprüfbar und auch nicht sehr plausibel sind die Argumente, daß der technische Fortschritt geringer geworden sein könnte, oder daß die Konsumwünsche allmählich gesättigt seien. Richtig ist nur, daß der technische Fortschritt neue Richtungen einschlagen wird, und daß sich auch die Nachfragepräferenzen der Bevölkerung verschieben werden.

Die oft betonte Gefährdung der Wirtschaft der Industrieländer durch eine Verschiebung der Produktionsstandorte in neu industrialisierte Länder sowie die Konkurrenz der Niedriglohnexporte kann generell bisher nicht belegt werden. Vielmehr hat sich insgesamt

³⁾ Siehe *OECD. Economic Outlook* No. 25, July 1979, S 28ff

Übersicht 2

Internationale Wachstumstrends

	Sozialprodukt		
	1960/1974	1974/1979	1979/1985
	Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs (in % ¹⁾)		
OECD-insgesamt	+4,7	+2,9	+3,5
OECD-Europa	+4,6	+2,4	+3,0
Österreich	+4,9	+2,9	+3,5

Q: OECD: National Accounts of OECD Countries, Economic Outlook No 25 und eigene Schätzungen — ¹⁾ Vom Niveau des Basisjahres

die Handelsbilanz der traditionellen Industrieländer mit den neu industrialisierten Ländern sogar verbessert. Dies schließt nicht aus, daß einzelne Produktionszweige in Westeuropa aus diesem Grund stagnieren oder relativ schrumpfen werden.

Die gegenwärtig verfügbaren Wirtschaftsprognosen internationaler oder ausländischer Institutionen bis Mitte der achtziger Jahre nehmen für die Industrieländer ein Trendwachstum von 3% bis 4½% an⁴⁾. Die pessimistischen Varianten zeigen im allgemeinen, daß nicht nur die Vollbeschäftigung in diesem Zeitraum nicht zu erreichen ist, sondern daß vielmehr die Arbeitslosigkeit tendenziell noch zunimmt. Erst bei einem Wachstum von über 4% ist mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

In unseren Hypothesen für die österreichische Entwicklung gehen wir davon aus, daß sich das internationale Wirtschaftswachstum bis 1985 zwar etwas beschleunigen wird, daß aber jener Grad an Vollbeschäftigung, der in den Industrieländern vor 1974 herrschte, bis dahin nicht eintreten wird. Das Wachstum wird aus den geschilderten Gründen auch geringer sein, als dem früheren Trendwachstum entsprechen hätte, jedoch nicht so langsam wie in der Periode 1973 bis 1979. Für die OECD insgesamt nehmen wir ein durchschnittliches Wachstum von 3½%, für die westeuropäischen Länder von 3% an. Dies setzt voraus, daß weder die mengenmäßige Erdölversorgung stärker eingeschränkt wird, noch ein abermaliger realer Preissprung (gemessen an der Preisentwicklung in den Industrieländern) bei den Erdölpreisen eintritt. Diese Annahmen bedeuten ein Anhalten der Beschäftigungsprobleme, die möglicherweise durch Verkürzung der Arbeitszeit und allmähliche Verschiebung der Qualifikationsstruktur gemildert werden können. Die Inflation wird sich unter diesen Umständen nach dem Abklingen der Energiepreiserhöhungen etwas zurückbilden. Im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1985 wird das Preisniveau in den Industrieländern um knapp unter 10% pro Jahr steigen.

⁴⁾ Siehe etwa OECD: Facing the Futures. Interfutures, Final Report, Paris 1979 — ECE: Overall Economic Perspective for the ECE-Region up to 1990 UN New York/Geneva 1978

Entwicklungsperspektiven der österreichischen Wirtschaft

Österreichs Wirtschaft ist in der Nachkriegszeit, vor allem in den fünfziger Jahren und wieder seit Ende der sechziger Jahre, schneller gewachsen als die Westeuropas. Dadurch konnte der wirtschaftliche Entwicklungsrückstand zum Durchschnitt dieser Region eingeholt werden, auch der gegenüber den höchstentwickelten Industrieländern wurde kleiner, wenngleich sich das Ausmaß kaum exakt bestimmen läßt. In der Rezession und in den Jahren nachher wurde in Österreich bewußt eine Politik der Vollbeschäftigung durch Nachfragestimulierung betrieben, die allerdings 1977 an außenwirtschaftliche Grenzen stieß. Seit dem Jahr 1973 wuchs das Sozialprodukt in Österreich immerhin um ¾ Prozentpunkte schneller als das Westeuropas und um nahezu einen Prozentpunkt schneller als das der Bundesrepublik Deutschland. Es gelang tatsächlich, die Vollbeschäftigung der inländischen Erwerbstätigen nahezu ungeschmälert zu erhalten. Dabei muß angemerkt werden, daß der Wechselkurs des Schillings gegenüber den österreichischen Haupthandelspartnern eine beträchtliche Aufwertung erfuhr, so daß der Wachstumsvorsprung zumindest nicht durch Währungsaufweichung stimuliert worden sein kann.

Es fragt sich bei dieser Erfolgsbilanz dennoch, ob nicht in den letzten Jahren eine Reihe von Hypothesen aufgenommen worden ist, die ein weiteres relatives Wachstum Österreichs im Rahmen der Industrieländer verhindern könnten.

Zu den am häufigsten genannten Argumenten in dieser Richtung zählen die Entwicklung der Leistungsbilanz, die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und der Erträge der Industrie von der Arbeitskosten- und Wechselkursseite, mangelnde Anstrengungen zur Erforschung und Entwicklung neuer Technologien und Märkte, die Kleinräumigkeit, Randlage und Außenseiterrolle in der europäischen Integration, die hohe und wachsende Importabhängigkeit der Energieversorgung, die rasche Verlagerung der Beschäftigungsstruktur zum Dienstleistungssektor, schließlich die laufende Vergrößerung der Staatsschuld und ihre Folgekosten durch hartnäckige Budgetdefizite.

Als Vorzüge der österreichischen Situation werden angeführt: die gut funktionierende Koordination der wirtschaftspolitischen Schritte, die über reine Preis-Lohn-Absprachen hinausgehen und den sozialen Frieden gewährleisten, die relativ hohe Investitionsneigung, die noch immer gegebene Möglichkeit, den Entwicklungsvorsprung anderer zu nutzen, sowie der Umstand, daß in Österreich die Verhärtung einer größeren Arbeitslosigkeit vermieden werden konnte. Der Zollabbau gegenüber den Ländern der EG wird als Chance für den Export, aber auch als das Ende ge-

wisser abgeschirmter Teile des Inlandsmarktes angesehen.

Manche dieser Argumente klingen plausibel, lassen sich aber empirisch nicht überprüfen. Auch ist die Analyse der mittelfristigen Konsequenzen mancher Verhaltensweisen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bei weitem nicht so gut entwickelt wie etwa die der kurzfristigen konjunkturellen Entwicklungen. Die folgenden Überlegungen streben daher nur eine gewisse Klärung der Argumente, nicht aber eine formal überprüfbare Prognose an.

Übersicht 3

Wachstum der österreichischen Wirtschaft

	1960/1974	1974/1979	1979/1985
	Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in % zu konstanten Preisen ¹⁾		
Privater Konsum	+4,7	+3,1	+3
Öffentlicher Konsum	+3,6	+3,1	+2½
Brutto-Anlageinvestitionen	+5,3	+1,7	+4½
Exporte i. w. S.	+8,9	+5,9	+6½
Importe i. w. S.	+9,0	+5,9	+6½
Brutto-Inlandsprodukt (BIP)	+4,9	+2,9	+3½
Industriproduktion ²⁾	+5,8	+2,2	+4
Deflator des BIP	+4,8	+5,3	+4

Q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Prognose 1979 und 1980: Abflachung der Konjunktur, Monatsberichte 9/1979 und eigene Schätzungen — ¹⁾ Vom Niveau des Basisjahres — ²⁾ Beitrag der Industrie zum BIP

Das Leistungsbilanzproblem

Während noch vor zwei Jahren unbestritten war, daß in Österreich infolge schlecht angepaßter Produktionsstrukturen, relativer Kostenerhöhungen, von Integrationsnachteilen und einer Reihe von Sonderfaktoren eine Passivierung der Leistungsbilanz im Gange sei, die schleunigst zum Stehen gebracht und deren Wurzeln in einem mühevollen mittelfristigen Prozeß beseitigt werden müßten, wird diese Erkenntnis heute nicht mehr allgemein geteilt. Das Problem der Leistungsbilanz besteht nicht zuletzt darin, daß nicht klar ist, ob es ein solches überhaupt gibt.

Die österreichische Leistungsbilanz war bis Anfang der siebziger Jahre mittelfristig nahezu ausgeglichen. Neben einer kräftigen konjunkturellen Reagibilität, die die Analyse längerfristiger Tendenzen erschwert, läßt sich seit Ende der fünfziger Jahre dennoch ein Trend zur Passivierung erkennen. Er kommt vom zunehmenden Importüberhang der Handelsbilanz, der immer weniger von den Überschüssen der Dienstleistungsbilanz kompensiert werden kann. Diese stagnierten seit 1972 oder waren sogar rückläufig. Einen gewissen Ausgleich boten in fast allen Jahren die

nicht einzeln erfaßbaren Netto-Devisenzuflüsse, die in der Statistischen Differenz ausgewiesen werden⁵⁾

Der sprunghaften Verschlechterung der Leistungsbilanz in den Jahren 1976 und 1977 folgte 1978 ein kräftiger Abbau des Passivums, der, rechnet man die Statistische Differenz hinzu, eine nahezu ausgeglichene laufende Bilanz zur Folge hatte. 1979 ist das Defizit mäßig gewachsen, und die kurzfristigen Aussichten für 1980⁶⁾ deuten auf ein Anhalten dieser Tendenz hin.

Die Besserung der Situation 1978 und auch 1979 dürfte zum größeren Teil kurzfristig wirkenden Einflüssen, zum kleineren Teil — und kaum exakt bestimmbar — einer Verbesserung der Angebotsstruktur zuzuschreiben sein. In den letzten Jahren wurde die Tendenz wachsender Leistungsbilanzdefizite (auch bezogen auf das wachsende Sozialprodukt) durch relativ geringe Investitionsneigung, Drosselung des Zuwachses der persönlich verfügbaren Einkommen sowie durch außergewöhnlich kräftige Nachfrage nach österreichischen Vorproduktlieferungen gebremst. Dem steht andererseits die neuerliche Verteuerung der Energieimporte gegenüber, die allein den Anstieg des Defizits von 1978 auf 1979 weitgehend erklärt. Für eine durchgreifende strukturelle Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation gibt es bis jetzt wenige Anhaltspunkte: Die Importquoten für Vorprodukte und fertige Investitionsgüter sind 1979 gefallen, doch könnte dies ein kurzfristiger Vorgang sein. Im Bereich der fertigen Konsumgüter zeigt sich noch kein Bruch im Trend.

Ein kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich oder auch nur das neuerliche Auftreten eines Wachstumsgefälles zwischen Österreich und seinen Handelspartnern würde das Defizit der erweiterten Leistungsbilanz wahrscheinlich wieder auf 2% bis 3% des Brutto-Inlandsprodukts, also auf etwa 20 bis 30 Mrd. S steigen lassen. Solche Leistungsbilanzdefizite können ohne Schwierigkeiten finanziert werden, doch würde ihre Kumulierung über einen längeren Zeitraum die Auslandsverschuldung und die Belastung der Ertragsbilanz vermutlich unerwünscht hoch werden lassen, wenn man das gegenwärtig schon erreichte Niveau berücksichtigt.

Seit Anfang der siebziger Jahre haben sich die Arbeitskosten der österreichischen Industrie stärker erhöht als die der ausländischen Konkurrenten im Durchschnitt. 1977 war das relative Arbeitskostenniveau in Österreich um ein Fünftel höher als 1970 und um rund 15% höher als 1973. Seit 1978 sind die relati-

⁵⁾ Zu den Tendenzen der Zahlungsbilanz bis 1977 siehe Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen: Kurz- und mittelfristige Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung, Wien 1978; zur "Statistischen Differenz als Problemgröße der österreichischen Wirtschaftspolitik" siehe H. Handler — J. Stankovsky, Monatsberichte 2/1979.

⁶⁾ Siehe Prognose 1979 und 1980: Abflachung der Konjunktur, Monatsberichte 9/1979

ven Lohnkosten gesunken, so daß sie 1979 nach vorläufigen Schätzungen um rund 5% niedriger als 1977, jedoch noch immer um rund 10% höher als 1973 waren⁷⁾. Die tatsächliche Einbuße an Wettbewerbsfähigkeit läßt sich nicht exakt angeben, weil Berechnungen der übrigen Kostenpositionen fehlen. Immerhin muß man davon ausgehen, daß nach den Jahren guter Konjunktur zu Beginn der siebziger Jahre in der Industrie eine Tendenz sinkender Betriebsüberschüsse und Renditen vorgeherrscht hat, die auch durch die relativ günstige Entwicklung des Jahres 1979 noch nicht ausgeglichen werden konnte⁸⁾.

Die österreichischen Produzenten haben in den vergangenen Jahren vor allem im EG-Raum beträchtliche Marktanteilsgewinne erzielt und auf dem heimischen Markt Terrain verloren. Der Integrationseffekt scheint asynchron eingetreten zu sein: Der Importdruck hat sich, begünstigt durch die relativ bessere konjunkturelle Lage in Österreich, früher bemerkbar gemacht als die Verbesserung der Marktstellung der Exporteure.

Die Anteile der Einfuhren aus Österreich haben in den letzten Jahren in den EG-Ländern stark zugenommen und in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in den Niederlanden die Höhe von vor Beginn der europäischen Integrationsphase (1959) wieder erreicht. In Italien und Belgien ist der österreichische Einfuhranteil noch deutlich niedriger. Der österreichische Einfuhranteil in den Ländern der EFTA und der ehemaligen größeren EFTA ist gegenwärtig noch rund doppelt so hoch wie vor der Integration, bröckelt aber langsam ab. Insgesamt kann daraus geschlossen werden, daß in den kommenden Jahren für integrationsbedingte Marktanteilsgewinne im Export nach Westeuropa nicht mehr so viel Spielraum sein wird wie in den siebziger Jahren, und daß andere Wettbewerbsfaktoren wieder eine größere Rolle zu spielen beginnen.

Wie sehr die mittelfristige Entwicklung unter dem Einfluß außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte stehen wird, ist kaum exakt anzugeben. Daß Probleme bestehen bleiben, erhellt allein daraus, daß auch bei gleich raschem Wachstum der Export- und der Importseite das Leistungsbilanzdefizit im Jahre 1985 um 10 Mrd. S höher wäre als 1979. Verschätzt sich die Prognose auf einer der beiden Seiten nur um einen halben Prozentpunkt, so weicht das Ergebnis im Endjahr der Prognose in beiden Richtungen um je 15 bis 20 Mrd. S davon ab. Kumuliert ergibt sich daraus zwischen 1979 und 1985 unter realistischen Annahmen über das Wachstum des Außenhandels ein Defizit der (erweiterten) Leistungsbilanz von 80 oder 180 Mrd. S (1,0% oder 2,2% des BIP im Durchschnitt 1979/1985).

⁷⁾ Siehe dazu *E. Walterskirchen* Monatsberichte 3/1979 S 112ff.

⁸⁾ *K. Aiginger* Cash-flow der Industrie, unveröffentlichtes Gutachten.

Sektorale Verschiebungen

Die österreichische Wirtschaft hat sich seit dem Krieg gemäß dem "Fourastié'schen Entwicklungsgesetz" umstrukturiert, das eine Zunahme des Anteils der Erwerbstätigen in der Industrie und im Gewerbe und, stärker, in den Dienstleistungen zulasten der Landwirtschaft annimmt. In einer späteren, "postindustriellen" Phase nehme auch der Anteil der Beschäftigten in der Sachgüterproduktion zugunsten der Dienstleistungen ab. Österreich zählte traditionell zu den Ländern mit einem überdurchschnittlichen Anteil der Sachgüterproduktion. Dennoch verschob sich die Arbeitskräftestruktur laufend zu den Dienstleistungssektoren. Von den unselbständig Beschäftigten waren 1960 52% in der Sachgüterproduktion, 42% im Dienstleistungssektor tätig. 1973 lautet das Verhältnis 49 zu 49, 1979 wurde eine Proportion 44 zu 54 erreicht. Die Umschichtung zulasten der Sachgüterproduktion hat sich in Österreich in den siebziger Jahren deutlich beschleunigt. Der Anteil der in Dienstleistungszweigen (einschließlich dem öffentlichen Dienst) Beschäftigten ist jedoch noch keineswegs höher, als dem Entwicklungsstand des Landes und dem internationalen Vergleich entsprechen würde. Abgesehen von der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz gibt es kein hochentwickeltes Industrieland mit einem geringeren Anteil des tertiären Sektors an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten. In den höchstentwickelten Ländern (USA, Skandinavien) beträgt der Anteil zwischen 60% und 70%. Es ist daher auch in den kommenden Jahren mit einer, wenngleich etwas langsameren Zunahme des Dienstleistungsanteils an den Beschäftigten zu rechnen.

Unter Wachstumsgesichtspunkten ist in diesem Zusammenhang jedoch auch die Frage der Investitionstätigkeit nach Sektoren zu erörtern. Wenngleich die österreichische Statistik keine vollständige Aufgliederung der Investitionen nach Sektoren erlaubt, läßt sich doch seit Anfang der sechziger Jahre ein Trend zur Abnahme des Industrieanteils an den Gesamtinvestitionen feststellen, der mit den Beschäftigungsveränderungen einhergeht. Betrug der Anteil der Industrie Anfang der sechziger Jahre noch rund 23%, so erreichte er Anfang der siebziger Jahre 17% und in den drei vergangenen Jahren nur noch 12%. Ein internationaler Vergleich der Investitionen im sachgüterproduzierenden Sektor (ohne Bergbau, Bauwesen und Energiewirtschaft) ergibt, daß diese in Österreich unterdurchschnittlich waren: Auf Grund der Ergebnisse des nicht-landwirtschaftlichen Zensus 1976 betragen sie 15% der Gesamtinvestitionen. Geringere Werte wurden in Norwegen und Belgien verzeichnet, etwas höhere in den Niederlanden, in Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland, in Schweden und Finnland, weit höhere in Italien. Daraus ergibt sich,

Übersicht 4

Entwicklung des marginalen Kapitalkoeffizienten der Industrie¹⁾

	Zu konstanten Preisen von 1964
1959/1963	3,3
1960/1964	4,0
1961/1965	3,8
1962/1966	4,0
1963/1967	3,4
1964/1968	2,7
1965/1969	2,2
1966/1970	2,3
1967/1971	2,4
1968/1972	2,3
1969/1973	2,7
1970/1974	5,4
1971/1975	4,3
1972/1976	4,7
1973/1977	6,3
1974/1978	5,1
1975/1979	2,6

¹⁾ Fünfjahresperioden der Investitionen durch Produktionszuwachs der Industrie verzögert um ein Jahr

daß der Rückgang des Industrieanteils an den Gesamtinvestitionen zwar internationalen Entwicklungstendenzen entspricht, in den letzten Jahren jedoch besonders stark gewesen sein dürfte — ein Befund, der mit der besonders beschleunigten Verschiebung der Erwerbstätigenstruktur in den tertiären Sektor übereinstimmt.

In Österreich lassen sich ausgeprägte mittelfristige Sprünge der Investitionsaufwendungen der Industrie feststellen⁹⁾. Den letzten gab es, als ein starkes exportinduziertes Wachstum in den Jahren 1968 bis 1970 an die Grenzen der Kapazitäten stieß. Von 1969 bis 1972 verdoppelte sich die Investitionssumme der Industrie. Die Anzeichen, daß ein ähnlicher Sprung (früher traten solche schon in den Jahren 1951/52 und 1960/61 auf) bevorsteht, haben sich in jüngster Zeit verdichtet: In der Bundesrepublik Deutschland hat die Investitionstätigkeit 1979 auf breiter Front eingesetzt. Nach Jahren der Unterauslastung der Kapazitäten konnte 1979 auch in Österreich annähernd die Vollauslastung erreicht werden. Die Nachfragebelegung wurde von einer sehr kräftigen Exporttätigkeit getragen, die Gewinnlage hat sich 1979, freilich auf vergleichsweise bescheidenem Niveau, deutlich gebessert. Die Wirtschaftspolitik hat für eine Senkung des Zinsniveaus gesorgt und speziell Investitionen der Industrie durch verschiedene Maßnahmen begünstigt. Die Verschiebung der relativen Preise zugunsten der Energie, an der man auf Grund der Entwicklung 1974 bis 1978 vielleicht noch zweifeln konnte, ist 1979 endgültig Gewißheit geworden, und damit ergibt sich ein Bedarf an energiesparenden Investitionen

⁹⁾ K. Aiginger: Mittelfristige Investitionsschwankungen in der Industrie, Monatsberichte 10/1974 S.454ff

Das Verhältnis zwischen den in den letzten fünf Jahren kumulierten Investitionen der Industrie und dem damit erzielten Produktionszuwachs (*ICOR* = marginaler Kapitalkoeffizient) ist wieder auf das Niveau von Ende der sechziger Jahre gesunken, was auf einen wachsenden Bedarf an Sachkapazitäten schließen läßt. Die Lohnpolitik gewährleistet auch für 1980 eine gedämpfte Arbeitskostenentwicklung. Ein Ende der internationalen Konjunktur im kommenden Jahr könnte allerdings die Belegung der Investitionstätigkeit in der Industrie verhindern.

Wir gehen davon aus, daß die Industrieinvestitionen in den kommenden Jahren deutlich zunehmen werden und sich der Schwerpunkt von der Rationalisierung zur Kapazitätserweiterung verlagert. Die Investitionsstruktur der Gesamtwirtschaft wird sich zugunsten des unmittelbar produktiven Sektors verschieben. Investitionen in die Infrastruktur werden, ausgenommen solche in die Energieversorgung, zunächst relativ zurückbleiben. Dies ist vor allem auf die budgetäre Enge des Bundes- und der Gemeindehaushalte zurückzuführen, die in den kommenden Jahren keine allzu große Ausweitung gestatten. Die Belegung der Investitionsnachfrage wird die Dämpfung der Konsumententwicklung weitgehend kompensieren und Zuwächse der inländischen Endnachfrage bringen, die über dem Durchschnitt des abgelaufenen Jahrfünfts liegen.

Einkommenspolitik und Konsum

Die denkbare Behinderung eines stärkeren Aufschwungs durch eine unerwünscht rasche Passivierung der Leistungsbilanz sowie das Bestreben, die Ertragslage in weiten Bereichen der Industrie zu verbessern, scheinen zu den relativ günstigen Perspektiven der Investitionsentwicklung in diesem Sektor im Widerspruch zu stehen.

Ob die Drosselung der Inlandsnachfrage in absehbarer Zeit gelockert wird, hängt in erster Linie von der weiteren Verbesserung der Leistungsbilanz ab. Diese kann nur eintreten, wenn die westeuropäische Konjunktur — freilich mit den erörterten Abstrichen vom früheren Wachstumspfad — anhält, und wenn die zu erwartenden Investitionen tatsächlich zu einer Verbesserung der preislichen und strukturellen Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Angebots führen. Mittelfristig ist ein kräftigeres Einkommenswachstum der privaten Haushalte als in der gegenwärtigen Periode (1978 bis 1980) wahrscheinlich, weil sonst die Umverteilung der Einkommen zugunsten des Unternehmenssektors, die Belastungen durch die Sanierung der öffentlichen Haushalte und die tendenzielle Besserung der Konjunktur die Gewerkschaften erfahrungsgemäß vor das Problem innerbetrieblicher Lohnerhöhungen stellen würden. Der private Konsum

wird daher mit ca. 3% in den kommenden Jahren rascher wachsen als im Zeitraum 1978 bis 1980 (rund +1½% pro Jahr), jedoch deutlich langsamer als seit 1970 oder im längerfristigen Durchschnitt (jeweils um rund +4% p.a.)

Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt

In den vergangenen Jahren herrschten Befürchtungen vor, die aus demographischen Gründen zu erwartenden Zuwächse an inländischen Erwerbstätigen könnten nicht ganz in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden. Tatsächlich ist jedoch seit dem Beginn der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, der mit der Rezession und der folgenden Wachstumsverlangsamung zusammenfiel, die Zahl der erfaßten Arbeitslosen nicht wesentlich gestiegen. Die Mechanismen der Anpassung des Arbeitsmarktes sind bereits mehrfach beschrieben worden¹⁰⁾.

Zu fragen ist hier, ob unter den erkennbaren mittelfristigen Wachstumsperspektiven mit einer Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme zu rechnen ist. Von der Seite des Angebots ist einerseits im kommenden Jahrfünft mit einem kleineren natürlichen Nettozuwachs an inländischen Erwerbstätigen zu rechnen als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre (rund +18.000 pro Jahr gegen +28.000), andererseits dürften jedoch auch die Möglichkeiten, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte abzubauen, begrenzt sein. Die vielfach befürchtete Sättigung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor könnte sich in der Form abzeichnen, daß die Beschäftigtennachfrage dort künftig nicht mehr so rasch wächst wie in den siebziger Jahren, doch ist nicht mit ihrer Stagnation zu rechnen. Andererseits ist zu erwarten, daß eine Besserung der Investitionskonjunktur in der Industrie in diesem Bereich die Arbeitskräftenachfrage beleben wird, auch wenn zunächst noch Produktivitätsreserven genutzt werden können.

Unter der Annahme, daß die Wirtschaft auch in den kommenden Jahren deutlich langsamer wächst, als dem bisherigen langfristigen Trend entsprochen hätte, ist bis Mitte der achtziger Jahre nicht mit einer stärkeren Anspannung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Andererseits müßte es gelingen, eine stärkere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern, wobei in den einzelnen Jahren mit dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und einem weiteren geringfügigen Abbau von Ausländern gerechnet wird. Anders wäre die Situation freilich, wenn die Wachstumsrate der Wirtschaft mittelfristig unter 3% bleibt.

¹⁰⁾ Zuletzt in *F. Breuss*: Komponenten des Beschäftigungswachstums, Monatsberichte 7/1979, S.345, und in der dort zitierten Literatur sowie in *F. Butschek*: Vollbeschäftigung in der Krise — die österreichische Erfahrung 1974 bis 1978, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Wien 1979.

Zusammenfassung

Die westlichen Industrieländer und auch Österreich sind seit 1974/75 in eine Phase deutlich verringerten Wachstums geraten. Die Wiederbelebung der Konjunktur nach der Rezession machte nahezu in allen Ländern geringere Fortschritte, als früher zu erwarten gewesen wäre. Dazu haben nicht zuletzt die anhaltenden inflationären Tendenzen sowie die Konsolidierungs- und Stabilisierungsbemühungen der Regierungen beigetragen. Unsicherheit über die neuen Kosten- und Standortstrukturen, ein tendenzieller Rückgang der Ertragsmargen in der Industrie und die Unterauslastung der Kapazitäten haben international eine Verbesserung des Investitionsklimas in der Industrie verhindert. In der Bundesrepublik Deutschland gab es in dieser Beziehung im laufenden Jahr eine deutliche Wende zum Besseren. Auch in Österreich sind die Vorbedingungen für einen Investitionsstoß gegeben.

Die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten der Industrieländer werden jedoch nach wie vor durch die ungelösten Probleme der Inflationsbekämpfung und der Energieversorgung beeinträchtigt. Ein Wachstum, das dem früheren Trend entsprechen oder gar den Wachstumsverlust der Jahre seit 1974 aufholen würde, wird für das kommende Jahrfünft nicht erwartet. Dennoch ist mittelfristig im Durchschnitt eine größere Dynamik der Wirtschaft in den Industrieländern anzunehmen, sofern die Energieversorgung nicht vor heute nicht abschätzbare akute Probleme der mengenmäßigen Versorgung und der Preisentwicklung gestellt wird. In den meisten Ländern müssen technologische Neuerungen nachgeholt und wirtschaftlich oder technisch veraltete Anlagen ersetzt werden. Gerade die Verteuerung der Energie wird einen kräftigen Investitionsanreiz bieten.

Für Österreich treffen die meisten dieser Überlegungen gleichfalls zu. Es gibt wenige Anhaltspunkte, daß die Entwicklung in Österreich günstiger verlaufen sollte als in anderen Ländern. Das wichtigste Argument in dieser Richtung ist, daß hier eines der gegenwärtigen Hauptprobleme — die Abstimmung zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität über die Einkommenspolitik — bisher besser gelöst wurde als anderswo. Andererseits ist jedoch nicht auszuschließen, daß die Grenzen für einen Konjunkturaufschwung in Österreich von der Leistungsbilanz her ziemlich eng gezogen sind. Dies und das Bestreben, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren sowie die kostenmäßige Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, erlauben nur eine relativ bescheidene Ausweitung der verfügbaren Realeinkommen. Auf diese Weise könnte aber die Grundlage für die nötigen Investitionen zur Umstrukturierung der Wirtschaft geschaffen werden. Die Wirtschaftspolitik würde allerdings vor weit

schwieriger zu lösende Probleme, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, gestellt werden, wenn sich die Hypothese einer mäßigen Wachstumsbeschleunigung gegenüber der zweiten Hälfte der siebziger Jahre als unrichtig erweisen sollte, und wenn schärfere konjunkturelle Rückschläge eintreten würden

Die in Übersicht 3 festgehaltenen quantitativen Prognosewerte entsprechen etwa den hier skizzierten Überlegungen. Sie sollen künftig in etwa einjährigen Abständen revidiert werden.

Helmut Kramer